

England : Deflationspolitik und Gewerkschaften

Autor(en): **Bieligk, K.F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **48 (1956)**

Heft 6

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353746>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

mit dem geschäftstüchtigen Kaufleute dem Publikum aufwarten. Solche Beschwerden sind nicht ganz unbegründet, und die Co-op nimmt sie auch ernst. Sie ruht sich nicht selbstzufrieden auf ihren Erfolgen aus und hat jetzt eine Kommission eingesetzt, die das ganze Feld des Verkaufswesens, der Produktion und des Einkaufs überprüfen und Vorschläge für Verbesserungen machen soll.

Ein tieferes Problem jedoch erstet der Genossenschaftsbewegung in dem, was man mit dem Wort «Demokratisierung der Wirtschaft» bezeichnet. Alles in allem hat die Co-op darin keinen so großen Einfluß erzielt, wie sie ihrer eigenen Meinung nach dazu eigentlich berufen wäre. Sozialisten in diesem Lande sehen die sozialistische Neuordnung der Wirtschaft vor allem in einer Nationalisierung der Industrie und anderer Betriebe, und sie betrachten oft genossenschaftliche Unternehmen nur am Rande. Die Gewerkschaften sind im wesentlichen derselben Meinung. Die Genossenschafter weisen darauf hin, daß die Uebernahme oder Kontrolle aller Betriebe in die staatliche Hand oder die der Gemeinden nicht die einzigen Mittel zur Sozialisierung sind. Ausschließliche Nationalisierung führe wohl zur «Verstaatlichung»; aber bringe es auch «Sozialisierung» der Wirtschaft? Die Genossenschafter finden es manchmal nicht leicht, ihre Labour- und Gewerkschaftskollegen von der großen Bedeutung ihrer Bewegung für die demokratische und sozialistische Gestaltung unserer Gesellschaft zu überzeugen.

Paul Stamford, London

England: Deflationspolitik und Gewerkschaften

Die englischen Gewerkschaften sind durch die wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahre und durch die Maßnahmen, mit denen die konservative Regierung der wachsenden Schwierigkeiten zu begegnen sucht, zu erhöhter Bereitschaft in der Wahrnehmung der Interessen ihrer 8 200 000 Mitglieder herausgefordert worden. Zurzeit, Anfang Februar, sind Verhandlungen über Forderungen im Gange oder in Aussicht genommen, deren Erfüllung ein Sinken des Lebensstandards von mehr als 7 Millionen Arbeitern und Angestellten verhindern soll.

Diese Schwierigkeiten sind nicht von einem wirtschaftlichen Rückschlag verursacht worden. Die nun seit zehn Jahren andauernde Hochkonjunktur hat 1955 angehalten, und die englische Wirtschaft hat mit Produktionsrekorden in der Eisen- und Stahlindustrie, der chemischen, Zement-, Papier-, Druck-, Maschinen-, Motoren-, Automobil- und Schiffsbauindustrie eine Stärke wie nie zuvor erreicht. Die Beschäftigtenzahl kommt nahe an 24 Millionen heran, und es

arbeiten knapp 8 Millionen Frauen in der Wirtschaft. Arbeitslose gab es im Jahresdurchschnitt 270 000, also ebensowenig wie 1951, dem letzten Jahre unter der Arbeiterregierung.

Das Volkseinkommen dürfte sich wahrscheinlich wiederum um 3 bis 4 Prozent erhöht haben. Die Warenausfuhr konnte trotz der verschärften Konkurrenz an den Weltmärkten etwas gesteigert werden.

Bedrohung der wirtschaftlichen Zukunft

Trotz dieser günstigen Gesamtsituation haben sich die Anzeichen einer *Unstabilität im englischen Wirtschaftsleben* vermehrt. Dazu gehören: das Zurückbleiben des Aufschwungstempos der industriellen Produktion hinter dem in anderen Ländern; in einigen Industrien — so in der Textil- und Porzellanindustrie — konnte der Rückschlag von 1954 nicht aufgeholt werden; die Zunahme der Warenausfuhr, die stark hinter der Steigerung der Einfuhr zurückbleibt, ist unbefriedigend und hat nicht zu einer Erhöhung von Englands Anteil an der Weltwarenausfuhr geführt. Das Defizit im Außenhandel erhöhte sich auf 9,6 Mia Fr. gegen 6 Mia Fr. im Jahre 1954.

Die Verteuerung der meisten Waren setzte sich fort, obwohl die Entwicklung der Weltmarktpreise für die von England benötigten Nahrungsmittel und Rohstoffe nicht ungünstig war. Die Erhöhung des Defizits in der Zahlungsbilanz hatte eine Abnahme der schon vorher ungenügenden Gold- und Dollarreserven zur Folge, die damit seit drei Jahren einen neuen Tiefstand erreichten. Außer der sinkenden Kaufkraft der Sterlingwährung im Inland war der Sterling auch im Ausland starken Kursschwankungen unterworfen und erlitt eine Werteinbuße insbesondere gegenüber dem Schweizer Franken und dem amerikanischen Dollar. Gerüchte über eine bevorstehende Sterlingabwertung erhielten sich und verschärften die latente Inflationsgefahr.

Diese Erscheinungen sind es, die zu einer Bedrohung der wirtschaftlichen Zukunft Englands führen können. An ihrer Abwehr haben die Gewerkschaften ein mindestens ebenso starkes Interesse wie andere Wirtschaftskreise oder die Regierung. Der *Generalrat des Englischen Gewerkschaftsbundes (TUC)*, der der Regierung alljährlich vor der Fertigstellung des Staatsbudgetsvorschlages ein *Memo- randum über die zur Sicherung einer stetigen Weiterentwicklung der Wirtschaft* notwendigen staatlichen Maßnahmen überreicht, hatte darin im vorigen Jahre als besonders dringlich die Erhaltung der Vollbeschäftigung, eine Vermehrung der Kapitalinvestierung in der Industrie, die weitere Steigerung der Produktivität und der Warenausfuhr, die Stabilisierung der Preise und eine gerechte Verteilung der notwendig werdenden Belastungen in den Vordergrund gestellt.

Probleme der wirtschaftlichen Expansion

Die konservative Regierung anerkennt zwar das eine oder andere als ihre Aufgabe, aber ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik hat zu einer Stagnierung des Umfangs der Kapitalinvestierung, zu einer Verlangsamung des Produktions- und Ausfuhrtempos, zu einer fortgesetzten Erhöhung der Preise und einem Nachhinken der Löhne geführt. Ihre Steuer- und Geldpolitik begünstigt die Besitzenden und benachteiligt die große Mehrheit des Volkes mit niedrigem Einkommen. Die von ihr angeordnete Kreditbeschränkung ist geeignet, die Vollbeschäftigung zu untergraben. Alle diese Maßnahmen erinnern an die bei früheren Krisen angewandte Deflationspolitik, die damals überall eine Massenarbeitslosigkeit verursachte.

In seiner letzten Stellungnahme zur wirtschaftlichen Situation erklärt der Generalrat des Gewerkschaftsbundes, daß die erste und wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung sei, an der die Regierung und die Unternehmer mitzuarbeiten hätten. Diese Aufgabe bringe Lasten mit sich, wie sich die Vollbeschäftigung auch in Wohltaten ausgewirkt habe. «Beides, Last und Wohltaten», so heißt es weiter, «müssen so gerecht als möglich verteilt werden. England ist in letzter Zeit in Schwierigkeiten geraten. Statt durch eine Zunahme der Warenausfuhr einen größeren Anteil am Welthandel zu gewinnen, hat England seine kostbaren Gold- und Dollarreserven nehmen müssen, um für seine stark vermehrte Einfuhr zu bezahlen.» Der Generalrat macht dazu die Feststellung, daß der Gewerkschaftsbund gezeigt habe, daß es als Alternative eine mehr ausgleichende und bessere Politik gibt. Es wird in dieser Stellungnahme auch die *Verantwortlichkeit der Gewerkschaften* betont. Jeder Gewerkschafter und jedes Mitglied der Gemeinschaft habe die Verantwortung, an der Lösung der Probleme mitzuhelfen. Besonders sollten sich die Gewerkschafter dieser Verantwortung bewußt sein, «da die Erhaltung der Vollbeschäftigung mit der Lösung dieser Probleme verbunden ist». Die Sorge, die die wirtschaftliche Situation dem Gewerkschaftsbund mache, sei deshalb so ernst, weil er überzeugt sei, daß der Lebensstandard des Arbeitsvolkes bei einer Krise zuerst leiden würde. Die größte Bedrohung der Zahlungsbilanz seien die steigenden Kosten und Preise, die auch die Fortdauer der Vollbeschäftigung und den Lebensstandard gefährden könnten. Die letzten 45 Jahre hätten alle Arbeiterfamilien eines gelehrt, nämlich, daß die Lohnerhöhungen zum größten Teil durch Preissteigerungen zunichte gemacht würden. Dieser Prozeß könne sich fortsetzen, wenn die Erhöhung aller Einkommen sich nicht annähernd auf der gleichen Linie wie die Steigerung der Produktion vollziehe, oder bis er durch eine neue Arbeitslosigkeit beendet werde. Die Probleme der neuen Situation der Vollbeschäftigung und wirtschaftlichen Expansion seien nicht

unlösbar, aber sie könnten nicht im Vertrauen auf das Glück oder mit einer veralteten Wirtschafts- und Sozialpolitik gelöst werden.

Die Schwierigkeiten haben deshalb einen so ernsten Umfang annehmen können, weil die Regierung in übereiliger Hast die «Freiheit der Wirtschaft» wieder herstellte und die staatlichen Kontrollen beseitigte; beides jedoch nur insoweit, als die Wiederaufrichtung des liberalistischen Dogmas der Nichteinmischung des Staates den Interessen des Unternehmertums in Industrie, Handel und Finanz nützte. Diese «Freiheit» erlaubt Preissteigerungen für Lebensmittel, die nahe an Wucher herankommen; sie erlaubt die Einfuhr von Luxuswaren, die das Defizit der Zahlungsbilanz vergrößern; sie verleitet zu einer Vernachlässigung der Warenausfuhr, weil mehrere Industrien für ihre Waren im Inland höhere Preise und damit höhere Profite als im Ausland erhalten; sie führt zu Kapitalinvestitionen in Unternehmen, die wirtschaftlich von geringer Bedeutung sind; und unter ihrer Wirksamkeit hat auch der Umfang der Kapitalverschiebung ins Ausland stark zugenommen.

«Aufsaugung der zusätzlichen Kaufkraft»

Die «Freiheit der Wirtschaft» wirkt sich nicht für das ganze Volk in gleicher Weise aus. Für die Arbeiter und Angestellten haben die Regierungsmaßnahmen fast nur Belastungen gebracht. Die Preissteigerungen, die sich in einer Verteuerung der Lebenshaltung auswirken, sind mit Vorbedacht herbeigeführt worden, da die Regierung sie als das Mittel betrachtet, die zusätzliche und angeblich «überschüssige» Kaufkraft aufzusaugen und so die Inflation zu stoppen. Es wird dabei übersehen, daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiterfamilien noch nie etwas von überschüssiger Kaufkraft verspürt hat und daß sie den Rückstand des Bedarfs an Hausgerät aller Art und Wäsche, der bis zum Kriege und in die schweren Krisenjahre vorher zurückgeht, bisher nicht hat aufholen können. Es hätte nicht zu dem schweren Rückschlag in der Baumwollindustrie in *Lancashire* kommen brauchen, wenn die englische Bevölkerung ihren unzweifelhaft vorhandenen Bedarf an Bekleidung, Bett- und Tischwäsche und anderen Textilwaren hätte decken können.

Diese Annahme wird im amtlichen Blaubuch über das «*Volkseinkommen und die Ausgaben*» bestätigt. Danach war der *Realwert* der Verbrauchsausgaben in England 1954 im Vergleich zu 1938 nur um 4,5 Prozent höher; eine viel zu geringe Steigerung für eine Periode von 17 Jahren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es 1938 zwei Millionen Arbeitslose gab, der Verbrauch also damals stark eingeschränkt war und den notwendigen Lebensbedarf für Millionen Familien nicht deckte. Da der amtliche Index der industriellen Produktion für die gleichen 17 Jahre eine Steigerung um 44 Prozent

anzeigt, so ist der Bevölkerung demnach nur ein minimaler Teil der stark vermehrten Gütermenge zugefallen.

Die Aufsaugung der zusätzlichen Kaufkraft wird durch Steuermaßnahmen und durch die Verteuerung des Geldes ergänzt. Beide dienen gleichzeitig dazu, die Verteilung des Volkseinkommens zugunsten des Besitzes zu korrigieren. Die indirekten Steuern, die vor allem den Massenverbrauch belasten, so die Einkaufsteuer auf Haushalt- und andere Gebrauchswaren, auf Tabak, Bier und alkoholische Getränke, auf Petroleum und Benzin, für Kino, Varieté- und Theaterbesuche, hat sich seit 1950 um über 3 Mia Fr. erhöht. In dem gleichen Zeitraum wurde die Profitsteuer wiederholt ermäßigt, und die Besitzenden hatten davon einen Gewinn von über 4 Mia Fr. Diese Feststellung wurde kürzlich von dem Arbeiterabgeordneten *Jay*, der unter der Arbeiterregierung Staatssekretär des Schatzamtes war, im Unterhaus gemacht. Im April vorigen Jahres, kurz vor den Unterhauswahlen, wartete die Regierung im Budget mit Steuerermäßigungen auf: etwa 1,2 Mia sFr. kamen den Besitzenden zugute, 0,9 Mia Fr. der übrigen Bevölkerung. Nach sechs Monaten korrigierte sie mit einem Notbudget ihre Generosität. Diesmal wurden die Minderbemittelten mit über 1 Mia Fr. belastet, die Besitzenden dagegen nur mit 0,5 Mia Fr., so daß sich für das letzte Jahr eine erhebliche steuerliche Mehrbelastung der arbeitenden Bevölkerung ergibt, für die Begüterten dagegen eine beträchtliche Erleichterung.

Die wiederholte Erhöhung der Zinssätze für Anleihen hat die jährlich zu zahlenden Zinsen für die Staatsschulden um 1,5 Mia Fr. erhöht, während für die Gemeinden die finanzielle Mehrbelastung noch erheblich höher ist. Da die Privatwirtschaft ebenfalls höhere Anleihezinsen zahlen muß, die in die Berechnung der Produktionskosten eingehen, so ist deren Verteuerung die unausbleibliche Folge. Außerdem lockt der hohe Zinssatz ausländisches Kapital an, für das England jährlich steigende Zinsen in Dollars oder Gold ins Ausland zahlen muß; ein Faktor, der das Defizit der Zahlungsbilanz vergrößert.

Politik, die zur Arbeitslosigkeit führt

Sowohl die Erhöhung der indirekten Steuern als auch die Politik des teuren Geldes und die Beseitigung der staatlichen Preiskontrolle haben das Preisniveau auf Rekordhöhe gebracht. Auch die Monopole und die Preiskartelle haben daran ihren Anteil. Der Index der Kleinhandelspreise ist von 185 im Jahre 1950 auf 254 im November 1955 gestiegen. Also um 37,5 Prozent. Der Index der Nahrungsmittelpreise allein erhöhte sich in der gleichen Periode um 59 Prozent! Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Preissteigerung *nicht* durch die Entwicklung der Weltmarktwarenpreise verursacht waren.

Die Anwendung der von der Regierung angeordneten Kredit-

beschränkung ist völlig den Privatbanken überlassen worden. Sie haben die Entscheidung darüber, welchen Industrien bzw. welchen Unternehmen die Kredite beschränkt oder entzogen werden sollen; eine Maßnahme, die, wenn sie über eine längere Periode durchgeführt wird, unvermeidlich zu Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen führen muß. Das Gewerkschaftsorgan des Verbandes der Geschäfts- und Handelsarbeiter (350 000 Mitglieder) erklärte diesen Schritt für sinnlos, «wenn ihm nicht eine Politik folgt, die zur Arbeitslosigkeit führt und dadurch den Druck der Gewerkschaften für ihre Lohnforderungen reduziert». Tatsächlich wird die Vollbeschäftigung von einer Reihe von Wirtschaftlern schon seit längerer Zeit unangenehm empfunden. Die bekannte Wirtschaftswochenschrift «*The Economist*» verlangt ihre Beseitigung durch entsprechende Regierungsmaßnahmen bereits seit Jahren. Kürzlich hat auch die Arbeitgebervereinigung die Ueberwindung der «Uebervollbeschäftigung» gefordert. Die Grenze für den Umfang der Arbeitslosigkeit wird verschieden gezogen, aber sie soll zu einer Vermehrung der Arbeitslosen um mindestens 500 000 bis 600 000 führen. Wie ein Ueberschreiten der Grenze vermieden werden soll, dafür sind noch keine Vorschläge gemacht worden.

Das ist der Hintergrund zu den Bemühungen der Gewerkschaften, an der Lösung der Wirtschaftsprobleme mitzuwirken, dem Sinken des Lebensstandards ihrer Mitglieder entgegenzutreten und ihnen einen Anteil an der jährlichen Steigerung der Produktivität zu sichern. Die jährlich wiederkehrenden Lohnforderungen der meisten Gewerkschaften sind angesichts dieser Entwicklung das einzige Mittel, den Anspruch der Schaffenden auf ein menschenwürdiges Leben zu verwirklichen. Denn es ist trotz der fortschreitenden Teuerung eine große Seltenheit, daß ein Unternehmer aus eigenem Antrieb das Angebot einer ausgleichenden Lohnerhöhung macht. Die Regel ist noch immer, daß die Gewerkschaften um jede begründete Forderung, die erst *nach* der stattgefundenen Preissteigerung gestellt wird, hart ringen müssen. Ihre Erledigung wird von den Unternehmern verzögert, und nur zu häufig muß das Schiedsverfahren angerufen werden. Die Folge dieser Taktik der anderen Seite ist, daß nicht selten 6 bis 8 Monate vergehen, bevor über eine Forderung entschieden ist.

Lohnsätze und Verdienste

Infolge der neuen Preissteigerungen ist dann oft nicht nur keine Erhöhung des Realwertes des Lohnes erreicht, sondern nicht einmal der frühere Verlust des Realwertes ausgeglichen worden. Nach der Statistik des englischen Arbeitsministeriums haben sich die *Wochenlohnsätze* (1948 = 100) von April 1951 bis 1955 um 29 Prozent erhöht, die *Verdienste*, in die alle Zuschläge für Akkord-, Ueberstunden-, Nacht- und Feiertagsarbeit einbezogen sind, stiegen in der

gleichen Periode um 34,1 Prozent. Die Kleinhandelspreise, die dem Index der Lebenshaltungskosten zugrunde liegen, sind fast um das gleiche gestiegen wie die Verdienste, aber *erheblich mehr als die Wochenlohnsätze*. Da die Lohnsätze für Millionen Arbeiter nicht nur der Mindestgrundlohn, sondern zugleich auch der *Höchstlohn* sind, so folgt daraus, daß ihre Familien 1955 wesentlich ungünstiger gestellt waren als 1951. Das Arbeitsministerium gibt in seiner letzten Veröffentlichung den Durchschnittswochenverdienst für erwachsene Arbeiter mit Fr. 134.50 an. Nur in wenigen Industrien war er höher, in der Mehrzahl der Industrien aber niedriger. Der Präsident der Mechaniker-, Werkzeugmacher- und Maschinenarbeiter-Gewerkschaft hat in den jüngsten Lohnverhandlungen den Nachweis geführt, daß die vom Arbeitsministerium und vom Industriellenverband veröffentlichten Ziffern über den Durchschnittsverdienst für einen großen Teil der Industriearbeiter irreführend sind, da selbst Hunderttausende von Facharbeitern und erst recht Ungelernte erheblich niedrigere Verdienste haben.

Das Studium der Lohn- und Verdienstatistik führt zu der Schlußfolgerung, daß die Mehrzahl der englischen Arbeiter in den letzten Jahren den Realwert ihres Einkommens nicht erhöht hat, daß er für Millionen zurückgegangen ist und daß sich die schaffenden Menschen keinen höheren Anteil am vermehrten Volkseinkommen sichern konnten.

Dennoch bestreiten die Unternehmer, daß die vereinbarten Lohnsätze die Entwicklung der wirklich gezahlten Löhne aufzeigen. In den Lohnverhandlungen und vor der Öffentlichkeit wird mit den angeblich viel höheren Arbeitsverdiensten gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen argumentiert. Es wird dabei meist unberücksichtigt gelassen, daß der Mehrverdienst nur durch Anstrengungen, die oft die Gesundheit beeinträchtigen, und durch den Verzicht auf kostbare Freizeit und auf Stunden der Erholung erzielt werden kann. Einige Gewerkschaften haben Höchstgrenzen für Ueberstunden festgesetzt. Die Gewerkschaft der Mechaniker, Werkzeugmacher und Maschinenarbeiter ersucht ihre 860 000 Mitglieder, sie auf 30 Stunden im Monat zu beschränken. Aber Hunderttausende Arbeiter in den verschiedenen Industrien arbeiten wöchentlich statt 44 Stunden 60, 70 Stunden und noch länger. Infolge des Zurückbleibens der Lohnsätze liegt ein gewisser Zwang zur Ueberstundenarbeit vor. Erst der so erzielte Mehrverdienst ermöglicht wenigstens annähernd die Aufrechterhaltung des Lebensstandards.

Die Aufgabe:

Vollbeschäftigung und Sicherung des Lebensstandards

Obwohl die Gewerkschaften die Unvermeidlichkeit der Ueberstunden in der gegenwärtigen Situation anerkennen, unterschätzen

sie nicht die doppelte Gefahr, wenn diese Mehrarbeit zur Gewohnheit wird. Erstens wird die so schwer errungene Arbeitszeitverkürzung auf 44 oder 45 Stunden dadurch zu einem großen Teil unwirksam gemacht und gleichzeitig der Kampf um die Vierzigstundenwoche hinausgeschoben. Zweitens erschwert die übermäßige Ueberstundenarbeit die Verbesserung der Lohnsätze. Für die Unternehmer ist es allgemeine Gewohnheit geworden, jeder Erhöhung der Lohnsätze verstärkten Widerstand zu leisten, eben um die Arbeiter abhängig von der Leistung der Ueberstunden zu machen.

Die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und die Sicherung des Lebensstandards ist jetzt von den Gewerkschaften den Bemühungen um eine Verkürzung der Arbeitszeit vorangestellt worden. Die Arbeiterschaft aller wichtigsten Industrien, ebenso des Handels und der Landwirtschaft ist an der Lohnbewegung beteiligt. Es wird im Durchschnitt eine Erhöhung um 7,5 bis 10 Prozent verlangt. Gleichzeitig betonen die Gewerkschaften mit stärkstem Nachdruck die Notwendigkeit der *Herabsetzung des allgemeinen Preisniveaus* und der *Stabilisierung der Preise*. Der aktive Einsatz ihrer 8 Millionen Mitglieder hat die Produktivitätssteigerung in den letzten Jahren ermöglicht und wird sie auch künftig sichern. Um so mehr sollten ihre Forderungen ein Entgegenkommen finden.

Die Wiederherstellung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung bedroht nicht die Warenausfuhr Englands, da der reale Stundenlohn im vorigen Jahre sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in mehreren europäischen Ländern, die Industriewaren ausführen, gestiegen ist; in England dagegen nicht. Sie muß auch nicht eine neue Preissteigerung auslösen, sondern kann teilweise durch die Produktivitätssteigerung wettgemacht werden.

Die Erhaltung der Kaufkraft des eigenen Volkes ist ein unabweisbares Gebot, wenn sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht weiter verschärfen sollen. Von den Bemühungen der Gewerkschaften drohen der Wirtschaft keine Gefahren; insbesondere dann nicht, wenn die Regierung nicht darauf besteht, die Probleme mit den berüchtigten Mitteln der Vergangenheit zu lösen.

Mit der Abwehr der traditionellen Deflationspolitik, die alle Belastungen auf die Minderbemittelten abwälzt und die in der englischen Wirtschaft und im Volke in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts große Zerstörungen angerichtet hat, verteidigen die Gewerkschaften zweierlei: die Auswertung aller wirtschaftlichen Kräfte für eine weitere Produktivitätssteigerung und für qualitative Höchstleistungen, und zweitens verteidigen sie damit ihre eigene machtvolle Position, die für die stetige Entwicklung der Wirtschaft und für den sozialen Aufstieg des arbeitenden Volkes Voraussetzung ist.

K. F. Bieligg, London.